

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

6/Dezember 2013

KOMPETENZ



Mit Betriebsrat läuft's besser

GPA-dip macht BetriebsrätInnen stark

ab Seite 4

www.gpa-dip.at

Inhalt

Thema

- 04 Unterstützung mit Rat und Tat
- 10 Kommentar

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 KV-Metallindustrie
- 13 KV-Handel
- 14 Trugbild Sozialkompetenz
- 16 Europa – eine unmenschliche Festung
- 18 Asylsuchende brauchen Arbeit
- 20 Energie am Wendepunkt

Arbeitswelt

- 21 Kurzmeldungen
- 22 Moderne Sklaverei auf WM-Baustellen
- 24 Dabei sein bringt's!

Service

- 25 Kurzmeldungen
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher

4



© Nurih Wagner-Strauss

Unterstützung mit Rat und Tat

14



© shockfactor, Fotolia.com

Trugbild Sozialkompetenz

22



Frank Rumpenhorst/dpa

WM-Baustelle Katar

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer

Chefin vom Dienst: MMag.ª Andrea Rogy, kompetenz@gpa-djp.at
Redaktion und Anzeigen: Mag.ª Lucia Bauer, Renate Schauer, renate.schauer@gpa-djp.at

Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH)
Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21
Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörfel

Cover: Thom Kinberger, BR Stiegl Unternehmensgruppe, Foto: dewi
DVR-Nr. 0046655
ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebes der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Gemeinsam sind wir stärker

von Dwora Stein

BetriebsrätInnen sind das Rückgrat unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit. Sie vertreten die Interessen der MitarbeiterInnen im Betrieb und fungieren als Bindeglied zu unseren Mitgliedern. BetriebsrätInnen tragen ganz wesentlich dazu bei, betriebliche Konflikte zu lösen oder von vornherein zu vermeiden und tragen so auch zum wirtschaftlichen Erfolg ihrer Unternehmen bei. Einen Betriebsrat zu haben, ist daher für MitarbeiterInnen genauso wie für die Unternehmen eine Win-win-Situation.

Etwa 16.000 BetriebsrätInnen und Betriebsräte sind derzeit in der GPA-djp organisiert und werden von uns beraten. Jeder/jede zweite ArbeitnehmerIn in Österreich wird von einem Betriebsrat vertreten. Meist zur vollen Zufriedenheit: Laut Umfrage des Instituts für Empirische Sozialforschung (IFES) ist für vier von fünf MitarbeiterInnen wichtig, dass ihre Anliegen von einer Belegschaftsvertretung wahrgenommen werden.

Diese gemeinsame Politik von betrieblicher und überbetrieblicher Interessenvertretung hat über Jahrzehnte dazu geführt, dass in Österreich relativ wenige Arbeitskämpfe stattfanden. Die

Gewerkschaften stellen klare AnsprechpartnerInnen auf ArbeitnehmerInnenseite dar, mit den Vertretern der Wirtschaft gibt es Erfahrung in der Zusammenarbeit. Zwar ist diese traditionell konsensorientierte Lohn- und Gehaltspolitik in den vergangenen Jahren ins Wanken gekommen, weil die Arbeitgeber Verhandlungstraditionen immer stärker in Frage stellen. Die Aufsplitterung der Verhandlungsgemeinschaft in der Metallindustrie durch die Arbeitgeber ist dafür ein Beispiel.

Doch die Verhandlungserfolge bei drohenden Konflikten und Arbeitskämpfen haben bewiesen, dass die gemeinsame Arbeit zwischen unseren BetriebsrätInnen und der GPA-djp auch in stürmischen Zeiten erfolgreich ist. Die guten KV-Abschlüsse der letzten Zeit aber auch wichtige soziale Fortschritte, wie die bessere Anrechenbarkeit von Karenzzeiten, wären ohne unsere enge Zusammenarbeit nicht möglich gewesen.

Dafür und für viele andere gemeinsame Aktivitäten und Erfolge möchten wir unseren BetriebsrätInnen in dieser Ausgabe der KOMPETENZ gerne danken und ihre tagtägliche Arbeit einmal genauer darstellen. ■

A woman with long blonde hair, wearing a grey blazer over a white t-shirt, is seated at a desk. She is looking towards the right of the frame with a focused expression. Her hands are resting on several sheets of paper on the desk. The background is a plain, light-colored wall.

Julia Konecny hört zu, wo die Beschäftigten der Schuh drückt.

Unterstützung

BetriebsrätInnen unterstützen und stärken die Belegschaft. Rat und Expertise bei kniffligen Sachfragen bekommen sie direkt bei der GPA-djp: in Schulungen und durch zahlreiche AnsprechpartnerInnen innerhalb der Gewerkschaft. Das war auch Thema einer bundesweiten Aktionswoche im November.

von Andrea Rogy

mit Rat und Tat



© dewi

Marianne Schiel setzt sich für die Rechte teilzeitbeschäftigter Frauen ein.

BetriebsrätInnen haben eine verantwortungsvolle Aufgabe: Sie sind das Sprachrohr der Beschäftigten zur Geschäftsführung und stehen den MitarbeiterInnen bei Veränderungen und auch sozialen Problemen mit fachkundigem Rat und Tat zur Seite. Ihr soziales Engagement im Betrieb beschert ihnen laufend neue Aufgaben, die es zu meistern gilt.

Betriebsräte und BetriebsrätInnen, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, stellen sich diesen Herausforderungen mit einem breiten Netzwerk im Rücken. Denn die enge Kooperation mit der GPA-djp bringt den BelegschaftsvertreterInnen die Möglichkeit, sich selbst umfassend weiterzubilden.

Viele bedeutende Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen haben als Erfahrungen und Ideen von BetriebsrätInnen begonnen und wurden schließlich als Forderungen der Gewerkschaft durchgesetzt. Über 90 % aller BetriebsrätInnen in Österreich sind bereits bei der Gewerkschaft. Rund 16.000

BetriebsrätInnen sind in der GPA-djp organisiert. Dafür gibt es viele unterschiedliche Beweggründe:

Auf Augenhöhe mit der Geschäftsführung

Julia Konecny (30) will in ihrer Funktion dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt im Unternehmen zu stärken. Sie ist seit zwei Jahren aktives Mitglied des Betriebsrates im

Bedeutende Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen entstehen oft aus Erfahrungen von BetriebsrätInnen.

Verbund Konzern. „Wir hören zu, wo der Schuh drückt und verfolgen die Interessen der Beschäftigten weiter. Durch unseren direkten Draht zum Vorstand bekommen die Anliegen der MitarbeiterInnen dort breiteren Raum.“

Die Vorteile eines starken Betriebsrates liegen für Konecny auch für den Vorstand klar auf der Hand: Im Betriebsrat hat er einen unmittelbaren Ansprechpartner, der

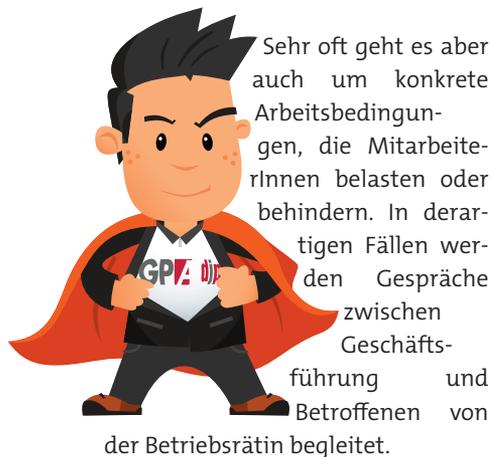
die Wünsche und Bedürfnisse der Belegschaft zu ihm transportiert. Ihre größte Stärke sieht die junge Betriebsrätin dann auch in der Fähigkeit zur direkten Kommunikation mit den Führungskräften – und zwar auf Augenhöhe: „In schwierigen Zeiten kommen die MitarbeiterInnen mit sehr vielfältigen Gerüchten und Fragen zu mir. Als Betriebsrätin kann ich mir rasch Informationen beschaffen und dadurch sehr schnell gewisse Ängste ausräumen. Eine aufgeschaukelte Situation beruhigt sich oft schon dann, wenn einfach nur die korrekten Informationen weitergegeben werden.“

Betriebsratsarbeit ist wichtig

Viele notwendige Veränderungen und Umstellungen verlaufen mit betriebsrätlicher Begleitung reibungsloser als ohne gewerkschaftliche Unterstützung. Das weiß auch Marianne Schiel. Die 29-jährige vertritt seit rund sechs Jahren insgesamt 238 Beschäftigte der „Wiener Sozialdienste Förderung und Begleitung“ als aktive Betriebsrätin. „In unserem Betrieb arbeiten besonders viele Frauen – die meisten sind teilzeitbeschäftigt, da sie am Nachmittag ihre Kinder betreuen.“ Diese besonderen Interessen gilt es durch die betriebsrätliche Arbeit zu vertreten.

„Ich setze mich gemeinsam mit der GPA-djp für faire Arbeitsbedingungen und anständige Gehälter für teilzeitbeschäftigte Frauen ein“, so Schiel. Leider nutzen viele Unternehmen kinderbedingte Auszeiten von Müttern dazu, die Arbeitnehmerinnen beim Wiedereinstieg in schlecht bezahlte Aufgabenbereiche abzuschieben, wo es auch kaum Aufstiegschancen gibt. Doch junge Mütter dürfen keine Existenzängste entwickeln. Gemeinsam mit dem gesamten Betriebsratsgremium achtet Schiel daher besonders auf die Einstufungen der

WiedereinsteigerInnen: „Wenn die Leistung stimmt, sind die Menschen auch bereit, mehr an Entgelt einzufordern. Und das geht mit einer starken betrieblichen Vertretung natürlich besser.“



Sehr oft geht es aber auch um konkrete Arbeitsbedingungen, die MitarbeiterInnen belasten oder behindern. In derartigen Fällen werden Gespräche zwischen Geschäfts-führung und Betroffenen von der Betriebsrätin begleitet.

Mit einem fachkundigen Unterstützer zur Seite gehen MitarbeiterInnen meist sicherer und ruhiger in derartige Gespräche und können für sich selbst optimalere Ergebnisse herausholen. Aktive BetriebsrätInnen haben das Recht, ihre betriebsrätlichen Tätigkeiten während der

normalen Arbeitszeit auszuüben. Pro Jahr haben sie Anspruch auf eine bezahlte Bildungsfreistellung im Ausmaß von drei Wochen.

Lieber mit als ohne Betriebsrat

Helmut Dollinger (51) ist seit 12 Jahren als Betriebsrat von Magna Steyr tätig. Seine Triebfeder war und ist, sich für die rund 2.000 KollegInnen einzusetzen und etwas zu bewegen. Als größte Herausforderung beurteilt er dabei notwendige Umstrukturierungen: „Hier werden wir als Betriebsräte am meisten gebraucht. Bei Veränderungen und Neuorganisationen ist die Verunsicherung unter den MitarbeiterInnen erfahrungsgemäß immer am größten.“

Viele haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, eine minder qualifizierte Tätigkeit verrichten zu müssen oder grobe Gehaltseinbußen zu erleiden. „Dann sind wir nahe an den Menschen, informieren, begleiten und unterstützen mit Rat und Tat.“

„Es ist nicht immer selbstverständlich, dass alle Rechte der MitarbeiterInnen, die in Gesetzen oder Kollektivverträgen festgelegt sind, in den Betrieben dann auch umgesetzt werden. Dafür gibt es uns Betriebsräte“, so Dollinger, der seit drei Jahren stellvertretender Betriebsratsvorsitzender ist und diese Kontrollfunktion auch gerne ausübt. Nicht immer kann Dollinger die vielfältigen sozialen oder rechtlichen Probleme und Anliegen seiner KollegInnen sofort lösen. Aber er nimmt sich ihrer Probleme an. Wenn er bei heiklen Fragen und komplizierten Betriebsvereinbarungen nicht mehr weiter weiß, dann erhält er fachliche Unterstützung und Auskunft bei den ExpertInnen der GPA-djp. „Ich habe das Gefühl, sehr vieles für unsere KollegInnen bewegen zu können und das gibt mir Kraft und Mut.“



Helmut Dollinger schildert die erfolgreiche Kooperation mit der GPA-djp.



Gewerkschaft unterstützt

Thom Kinberger (40) vertritt als Vorsitzender des Betriebsrates der Stiegl Unternehmensgruppe die Interessen von rund 750 MitarbeiterInnen an neun Standorten in ganz Österreich. Kinberger ist es ein Anliegen, das Machtverhältnis zwischen Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen auf betrieblicher Ebene auszugleichen. Er ist selbst regelmäßig auch in die Verhandlungen verschiedener Kollektivverträge für seine Branche mit eingebunden: „Starke Kollektivverträge müssen wir uns zunächst einmal erkämpfen, bevor sie dann auch bei den Menschen ankommen und im Betrieb umgesetzt werden können.“

Kollektivverträge in der derzeitigen Qualität wären für Kinberger ohne Gewerkschaften nicht möglich. Denn nur durch die intensive Einbindung der Betriebsräte

in den Verhandlungsprozess fließt die betriebliche Praxis mit ein und macht realistische und zufriedenstellende Abschlüsse erst möglich.

Kinberger selbst definiert sich als modernen Berater und Vermittler, denn immer dort, wo sich im Betrieb was tut, wo sich Strukturen oder Anforderungen verändern – dort wird er gebraucht. Kinberger begleitet und unterstützt. Er sucht wie viele seiner BetriebsratskollegInnen nach individuellen Lösungen im Arbeitsalltag der Beschäftigten. Sein Rezept? Die KollegInnen mit ihren Anliegen ernst nehmen und sie auf rechtlicher, sozialer und menschlicher Ebene begleiten.

Gemeinsam mehr erreichen

Peter Gattinger (37) ist seit sechs Jahren im Betriebsrat der Uniqa tätig – seit einem Jahr als Vorsitzender. Nach zwölf Jahren Tätigkeit als

Einzelkämpfer im Vertrieb genießt er es nun, gemeinsam mehr zu erreichen – und zwar für alle MitarbeiterInnen im Betrieb. Er vertritt die Interessen von rund 600 Menschen und da kommt schon ein breites Spektrum an Anliegen, Wünschen, Kritik und Fragen zusammen. Doch Gattinger sieht das positiv: „Ich bin in der glücklichen Lage, dass die KollegInnen mit kleinen und großen Problemen zu mir kommen – hier gibt es keine Tabus.“

Die Gespräche mit den MitarbeiterInnen folgen dabei keinem starren Schema. „Mal kommt man beim Mittagessen eher zufällig auf einen Problembereich zu sprechen, mal kommt eine ganze Gruppe von Beschäftigten mit einem konkreten Anliegen zu mir“, beschreibt Gattinger kurzfristige aber auch langfristige Anliegen. Er versucht, seiner arbeitsrechtlichen und sozialen Verantwortung gerecht zu werden:

Thom Kinberger bringt die betriebliche Praxis in aktuelle Kollektivvertragsverhandlungen hinein.



„Nicht jeder Konflikt muss mit der Geschäftsführung ausgetragen werden. Ein klärendes und informierendes Gespräch ist in manchen Fällen zielführender als eine unnötige Konfrontation.“

Um gut und lösungsorientiert arbeiten zu können, braucht ein Betriebsrat allerdings den Rückhalt seiner KollegInnen. Denn der Ton wird rauer. Je mehr Gewerkschaftsmitglieder ein Betrieb hat, desto stärker und gewichtiger vermag ein Betriebsrat gegenüber der Geschäftsführung zu agieren. ■



Die Belegschaft kommt mit großen und kleinen Anliegen zu Peter Gattinger.

Testen Sie Ihr Wissen!

1. Wer kann einen Betriebsrat gründen?

- a) jeder/jede ArbeitnehmerIn in einem Betrieb
- b) die Geschäftsführung
- c) ausschließlich Beschäftigte, die seit über fünf Jahren im Betrieb sind

2. Ab wie vielen ArbeitnehmerInnen kann ein Betriebsrat gegründet werden?

- a) 5
- b) 50
- c) 100

3. Wer darf für den Betriebsrat kandidieren?

- a) alle ArbeitnehmerInnen, die über 18 Jahre alt und seit mehr als sechs Monaten im Betrieb beschäftigt sind
- b) ausschließlich ArbeitnehmerInnen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen
- c) das entscheidet der Personalchef gemeinsam mit der Geschäftsführung

4. In welchem Gesetz stehen die wichtigsten Rechte und Pflichten für die Betriebsratsarbeit?

- a) Arbeitsverfassungsgesetz
- b) Urlaubsgesetz
- c) Arbeitsruhegesetz

5. Haben BetriebsrätInnen ein Recht auf Freistellung für Aus- und Weiterbildung für ihre Betriebsratsarbeit?

- a) Ja
- b) Nein

6. Wo erhalten BetriebsrätInnen ihre Aus- und Weiterbildung?

- a) Bei der Wirtschaftskammer
- b) Beim AMS
- c) Bei der GPA-djp

7. Wie viele BetriebsrätInnen sind bereits Mitglied der GPA-djp?

- a) 4.000
- b) 8.000
- c) 16.000

8. Ab wie vielen ArbeitnehmerInnen können sich BetriebsrätInnen für die Betriebsratsarbeit freistellen lassen?

- a) 5
- b) 150
- c) 5.000

9. Haben BetriebsrätInnen einen Kündigungsschutz?

- a) Ja
- b) Nein

10. Wie viel Zeit darf man für Betriebsratsarbeit aufwenden?

- a) maximal zehn Prozent seiner Arbeitszeit
- b) nur so viel, dass die eigentliche Arbeit nicht vernachlässigt wird
- c) so viel, wie es die Betriebsratsarbeit erfordert

Für jede richtige Antwort erhalten Sie 3 Punkte:

0–9 Punkte: Sie sind noch nicht über alle Rechte und Möglichkeiten der Betriebsratsarbeit informiert. Ein genauerer Blick könnte sich lohnen.

10–18 Punkte: Sie haben einen guten Überblick über die Tätigkeit von BetriebsrätInnen. Vertiefende Infos gibt's bei der GPA-djp.

19–30 Punkte: Gratuliere, Sie kennen sich mit den Rechten der Betriebsratsarbeit sehr gut aus. Sind Sie bereits BetriebsrätIn oder möchten es werden?

Antworten: 1.a, 2.a, 3.a, 4.a, 5.a, 6.c, 7.c, 8.b, 9.a, 10.c

www.gpa-djp.at/mehrpowers

Kommentar



© Nürith Wagner-Strauss

Kein Grund zur Panik

Wir brauchen keine Pensionskürzungen, sondern mehr und bessere Arbeitsplätze für Ältere.

von Wolfgang Katzian

Wir werden immer älter und sterben später. Die Zahl der Menschen über 65, also über dem gesetzlichen Pensionsalter, wird bis zum Jahr 2060 deutlich ansteigen. Einen Grund deswegen in Panik zu geraten, gibt es allerdings nicht. Der Anteil der Pensionskosten an der gesamten Wirtschaftsleistung Österreichs, dem BIP, wird nämlich im selben Zeitraum in einem moderaten Ausmaß steigen, das wir uns ohne Probleme leisten können – wenn wir wollen. Das Problem ist nicht, dass wir uns die Pensionen nicht mehr leisten können, sondern dass bestimmte politische Kräfte das nicht wollen. Österreich wird ja nicht nur älter, sondern auch produktiver, die Beschäftigungsquote der älteren ArbeitnehmerInnen steigt und auch das faktische Pensionsantrittsalter wird durch die Reformen, die ab nächstem Jahr in Kraft treten, deutlich ansteigen.

Warum lesen wir trotzdem ständig vom „Pensionssystem am Abgrund“? Nicht weil die Pensionen tatsächlich in Gefahr wären, sondern weil einige ein Interesse daran haben, die Menschen zu

verunsichern. Denn wenn die Jungen nicht mehr glauben, dass sie am Ende ihres Arbeitslebens eine sichere staatliche Pension bekommen, kann man ihnen einerseits Pensionskürzungen leichter verkaufen, und andererseits werden sie eher bereit sein, Eigenvorsorge zu betreiben. Hinter der Verunsicherungspolitik stecken also handfeste politische und auch wirtschaftliche Interessen. Und es wirft Fragen auf,

Bestimmte politische Kräfte machen unser Pensionssystem schlecht, um private Versicherungen zu fördern.

wenn etwa der „Pensionsexperte“ und Prophet des Untergangs unseres Pensionssystems Bernd Marin gleichzeitig im Werbespot eines bekannten Privatversicherers auftritt und zum Abschluss einer Privatpension aufruft.

Anlass der aktuellen Pensionsdebatte war übrigens das Gutachten der sogenannten Pensionskommission. Dieses Gutachten errechnet anhand eines angenommenen Szenarios den Anstieg der Pensionskosten bis 2060. Leider haben diese Berechnungen gleich mehrere

Schwächen. Sie klammern die Beamtenpensionen aus und damit auch die sinkenden Kosten in dieser ArbeitnehmerInnengruppe. Die Annahmen, die den Berechnungen zugrunde liegen, sind zudem mehr als pessimistisch: Sie gehen davon aus, dass auch langfristig die Arbeitslosigkeit sehr hoch bleibt und Produktivität sowie Beschäftigungsquote kaum steigen. Auch wenn kein Grund zu Panik besteht, müssen wir auf das Älterwerden der Gesellschaft reagieren. Die Unternehmen müssen verstärkt ältere ArbeitnehmerInnen einstellen und behalten.

Das Beispiel Raiffeisen, wo aktuell 61 hoch qualifizierte ältere MitarbeiterInnen gekündigt wurden, bestätigt, dass viele Unternehmen das nicht freiwillig machen. Daher brauchen wir ein Bonus-Malus-System. Wichtig wäre zudem eine Beschäftigungsgarantie für ArbeitnehmerInnen ab 50. Handlungsbedarf gibt es außerdem bei der lebensphasengerechten Arbeitszeit und der betrieblichen Gesundheitsförderung. Und nicht zuletzt braucht es den politischen Willen, sich auch bei leicht steigenden Kosten zu einem Pensionssystem zu bekennen, das ein Altern in Würde ermöglicht. ■



© lasedesignen - Fotolia.com

Mieten-Bremse gefordert

Arbeiterkammer-Präsident Rudi Kaske will den Anstieg der Wohnkosten bremsen.



© Lisi Specht

Arbeiterkammer-Präsident Rudi Kaske fordert eine Mietpreisbremse. Das Einziehen gesetzlicher Obergrenzen bei privaten Mieten soll die steigenden Mietpreise einbremsen. „Die Wohnkosten reißen bei den Menschen ein immer größeres Loch ins Geldbörsel. Wer wenig verdient, bei dem geht rund die Hälfte des Einkommens nur für Essen, Wohnen und Energie drauf“, kritisiert Kaske.

Das derzeitige System der Richtwert-Mieten beurteilt Kaske als unbrauchbar. In der Praxis seien private Mietwohnungen mit sogenannter Richtwertmiete genauso teuer wie die Mieten am freien Markt. „Die Richtwerte sind de facto außer Kraft, weil es eine undurchschaubare Zahl von

Zuschlägen gibt, die im Gesetz völlig ungenau beschrieben und in den Mietverträgen in der Regel nicht angegeben werden“, erklärt Kaske. Der Arbeiterkammer-Präsident fordert daher, dass der Zuschlagsdschungel eingebremst wird und schlägt vor, die Zuschläge zum Richtwert der Art und Höhe nach direkt ins Gesetz hineinzuschreiben. Die Zuschläge sollten mit maximal 20 Prozent des Richtwerts limitiert werden. So könnten die Wohnkosten spürbar gesenkt werden. Gesetzwidrig überhöhte Mieten hält Kaske für besonders ungerecht, weil dabei die MieterInnen bei einem Grundbedürfnis übervorteilt werden. „Wohnen muss leistbar bleiben“, fordert Kaske.

Auch die Befristungen von Mietverträgen will Kaske eindämmen. Diese sollten nach Meinung des AK-Präsidenten nur noch zulässig sein, wenn es einen sachlich gerechtfertigten Grund dafür gibt – etwa Eigenbedarf des Vermieters. Die Wohnbauförderung und die Darlehensrückflüsse sollten wieder zweckgebunden werden, also ausschließlich für den Wohnbau verwendet werden, meint Kaske mit Hinweis auf zu wenig geförderte Wohnungen.

Katzian kritisiert EU-Kommissionsvorschlag Soziales

GPA-djp Vorsitzender Wolfgang Katzian zeigt sich enttäuscht über die kürzlich präsentierten, lange angekündigten Vorschläge der EU-Kommission zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion. „Ein Bekenntnis zu hohen sozialen Standards fehlt im Kommissionsvorschlag ebenso wie die Stärkung sozialer Grundrechte“, kritisiert Katzian.

Nach Ansätzen, sich im Zuge der Krisenbewältigung von An- und Eingriffen in nationale Sozialstandards und Krankenversicherungssysteme zu distanzieren, sucht man vergeblich. Viele Beschäftigte verbinden daher die EU immer noch mit sozialem Abbau und Angriffen auf ihre Rechte. Hier bräuchte es einen grundsätzlichen Kurswechsel.

Auch die angedachte europaweite Arbeitslosenversicherung birgt für Katzian noch einige Fragen, die beantwortet werden müssen: „Die EU-Kommission selbst erklärt, dass sie ohne Änderung des EU-Vertrags nicht umzusetzen sein wird. Außerdem ist das Projekt auch deswegen mit großer Vorsicht zu genießen, weil noch überhaupt nicht klar ist, inwiefern daraus auch Eingriffe in nationale Sozialversicherungssysteme folgen. Das werden wir uns ganz genau anschauen müssen!“



Dreier vor dem Komma

GPA-djp und PRO-GE erreichen durch Kampfbereitschaft einheitlichen Kollektivvertrag und Lohn- und Gehaltsabschluss für alle 180.000 Beschäftigten in der Metallindustrie.

von Martin Panholzer

Bei den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie ging es um viel mehr als die Durchsetzung einer Lohn- und Gehaltserhöhung. Ein neuerlicher Generalangriff auf das KV-System konnte durch Kampfbereitschaft und einen großen Akt der Solidarität abgewehrt werden.

Nach sieben Wochen und 21 Verhandlungsrunden mit den sechs Fachverbänden der Metallindustrie haben die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp am 7. November ihr Ziel eines einheitlichen Kollektivvertrages und Lohn- und Gehaltsabschlusses für alle 180.000 Beschäftigten erreicht. Sowohl die Ist- als auch die kollektivvertraglichen Mindestlöhne bzw. -gehälter steigen in allen Metallerverträgen zwischen 2,5 und 3,2 Prozent. Im Durchschnitt steigen sie um 2,8 Prozent. Die Lehrlingsentschädigung erhöht sich um 2,85, die Aufwandsentschädigung und Zulagen um 2,1 Prozent.

Generalangriff

Der größte Fachverband, jener der Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI) beharrte so wie im Jahr zuvor, auf eigenständigen Verhandlungen. Die Forderungen, mit denen der FMMI in die Verhandlungen ging, zeigen, worum es den Verantwortlichen geht: „Sie verstehen sich als Speerspitze eines Generalangriffs auf die österreichische Kollektivvertragsstruktur mit der versteckten Agenda Aushebelung der KV-Struktur und Zurückdrängung der Gewerkschaften bei essenziellen Themen wie etwa der Arbeitszeitgestaltung“, so GPA-djp-Chefverhandler Karl Proyer.

Die FMMI-Verhandler waren bis zuletzt entschlossen, die Lohn- und Gehaltserhöhung an die gleichzeitige Einführung eines Zeitkontos, das die Mehrarbeits- und Überstundenzuschläge erheblich gekappt hätte, zu binden. „Wären wir darauf

eingestiegen, hätte dies eine massive Schwächung bei künftigen KV-Runden bedeutet und Signalwirkung weit über die Metallindustrie hinaus gehabt“, so Proyer. Der FMMI hat die Rechnung aber ohne Beschäftigte und BetriebsrätInnen gemacht. Ein großartiger Akt der Kampfbereitschaft und Solidarität und die konkrete Vorbereitung von unbefristeten Streiks in Hunderten FMMI-Betrieben führten zum Einlenken der Arbeitgeber.

Arbeitszeitverteilung

Das Thema Arbeitszeitverteilung wurde von den Lohn- und Gehaltsverhandlungen entkoppelt. Es soll bis Juni 2014 verhandelt werden. Die Linie der Gewerkschaften ist klar: „Beim Thema Arbeitszeit gibt es keinen Einbahnverkehr. Wenn Flexibilisierung unterm Strich Lohn- und Gehaltseinbußen bedeutet, sind wir kein Partner für eine Lösung“, so Proyer. ■



© GPA-djp

1.500 Euro Mindestgehalt

Das Ringen um ein Gehaltsplus für 530.000 Handelsangestellte endet innovativ: Ein Doppelabschluss sichert der Frauenbranche 1.500 Euro Mindestgehalt ab 2014.

von Litsa Kalaitzis

Das Mindestgrundgehalt für die 530.000 Angestellten im Handel wird mit 2014 auf 1.450 Euro brutto erhöht, Gehälter von 1.450 Euro bis 1.800 Euro steigen um 2,6 Prozent, jene darüber um 2,5 Prozent. 2015 beträgt das Mindestgrundgehalt dann 1.500 Euro. Ab 1.1.2015 wird es auch eine deutliche reale Steigerung für alle Angestellten geben. Die VertreterInnen von Arbeitgeber und Arbeitnehmerseite einigten sich im November darauf, dass im nächsten Jahr 0,45 Prozent zum jeweiligen Verbraucherpreisindex (VPI) des Verhandlungszeitraumes auf die Gehälter aufgeschlagen werden. Die Lehrlingsentschädigungen steigen in beiden Jahren zwischen 14 und 30 Euro.

Richtungsweisend

So lautet das Ergebnis der Kollektivvertragsverhandlungen für den Handel, auf den sich die VertreterInnen von Arbeitgebern und

ArbeitnehmerInnen nach drei harten, langen Runden Mitte November einigten. Ein toller Erfolg ist auch, dass im KV ab 2014 eindeutig klargestellt ist, dass den Beschäftigten in der Elternkarenz alle Vorrückungen und Gehaltserhöhungen zustehen.

Der richtungsweisende Doppelabschluss bringt eine klare Gehaltsperspektive für die nächsten zwei Jahre. „Damit hat der Handel endgültig klargestellt, dass er kein Niedriglohnbereich ist: Das Einstiegsgehalt wird bis 2015 auf 1.500 Euro angehoben, die unteren Einkommen steigen um bis zu 4,24 Prozent. Auch wenn wir wesentliche Ziele durchgesetzt haben, ein Doppelabschluss wird keine Gewohnheit, er ist eine Maßnahme in einer besonderen Situation“, erklärt Franz Georg Brantner, Vorsitzender des Wirtschaftsbereichs Handel in der GPA-djp, warum Verhandlungen für ein neues Entgeltschema im kommenden Jahr notwendig geworden sind.

Zukunftsfähiges Entgeltschema wird verhandelt

Bereits in den Jahren 1988 und 1989 habe es vor dem Hintergrund der damaligen Verhandlungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit im Handel einen Doppelabschluss gegeben, erinnert Manfred Wolf, der für den Handel zuständige stv. Geschäftsbereichsleiter in der GPA-djp: „Wir werden den gewonnenen Zeitraum dafür nützen, die komplexen Verhandlungen über ein neues und zukunftsfähiges Entgeltschema, die Bewertung von Tätigkeiten, neue Einstiegsgehälter und neue Gehaltstabellen, ohne Zeitdruck und mit der nötigen Sorgfalt zu führen. Die Angestellten im Handel tragen wesentlich zu den Umsätzen ihrer Branche bei. Sie verdienen eine klare Gehalts- und Karriereperspektive. Dieses Ziel wollen wir durch ein qualitatives und zeitgemäßes Entgeltschema erreichen, von dem sie profitieren.“



**Fakten
Check**

Trugbild Sozialkompetenz

Schein und Sein der sozialpolitischen Forderungen der Freiheitlichen Partei im KOMPETENZ Faktencheck.

von Lucia Bauer

Die FPÖ bezeichnet sich selbst gerne als soziale Arbeiterpartei – auch im vorigen Wahlkampf. Immer wieder taucht die Behauptung auf, dass sozialpolitische Themen bei den Freiheitlichen auf offene Ohren stoßen. Doch wie sozial ist die FPÖ wirklich? Es lohnt sich genauer hinzusehen: nicht nur auf die rechtsextremen Entgleisungen, sondern auch auf die sozialpolitischen Positionen der FPÖ. Da Wahlprogramme und Presseausendungen Platz für Interpretationen lassen, ist ein Rückblick auf die Aktivitäten der blauen Regierungsbeteiligung ebenfalls Teil dieses Faktenchecks. Wir beginnen mit dem Sozialbereich, den die FPÖ gerne

zu ihrem Kernthema macht. Ein genauer Blick zeigt, dass hier Vorurteile verstärkt werden. Konkrete Vorschläge erweisen sich als völlig unpraktikabel.

Die FPÖ betont immer wieder, dass sie den Faktor Arbeit entlasten möchte. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Der Teufel steckt aber wie so oft im Detail, denn die Entlastung soll laut Freiheitlichen über eine Senkung der Lohnnebenkosten also auch der Sozialversicherungsbeiträge stattfinden. Was die FPÖ nicht dazu sagt: Wenn man Sozialversicherungsbeiträge ohne Gegenfinanzierung kürzt, kürzt man auch die damit finanzierten

Leistungen. Niedrigere Krankenkassenbeiträge zum Beispiel bedeuten unweigerlich eine schlechtere Gesundheitsversorgung oder mehr Selbstbehalte für die Menschen. Das ist für die FPÖ sozial?

Spiel mit Vorurteilen

Entlarvend ist die Haltung der FPÖ auch zu einem wichtigen sozialen Fortschritt, der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Die FPÖ lehnt sie ab, weil sie angeblich eine grob ungerechte Form der Umverteilung darstelle und die Zuwanderung von ausschließlich an unseren Sozialleistungen interessierten Personen provoziere.

Diese Argumentation ist absurd, denn: Ein Anspruch auf Mindestsicherung entsteht erst, wenn man sich fünf Jahre rechtmäßig in Österreich aufhält. Und auch die weiteren Zugangskriterien zur bedarfsorientierten Mindestsicherung sind rigoros: Bevor man Mindestsicherung beziehen kann, muss man sein Vermögen weitgehend verbrauchen, also z. B. eine Eigentumswohnung verkaufen und sich außerdem dem AMS zur Verfügung halten und jedes beliebige Jobangebot annehmen.

Während sie also gegen eine soziale Absicherung für die Ärmsten in unserer Gesellschaft eintritt, „glänzt“ die Freiheitliche Partei mit der Forderung nach einer eigenen Sozialversicherung für AusländerInnen. Das ist nicht nur unsozial, sondern auch unökonomisch. Denn MigrantInnen sind Nettozahler in der Sozialversicherung. Sie zahlen allein aufgrund ihrer Altersstruktur mehr ein, als sie an Leistungen in Anspruch nehmen. Die eigene „Ausländersozialversicherung“ ist daher eine völlig groteske Idee und würde lediglich unnötige Verwaltungskosten produzieren. Österreichs ZuwandererInnen leisten einen wesentlichen Beitrag zum Sozialsystem.

Falsche Anreize

Während ÖGB und Gewerkschaften über neue Rezepte zur notwendigen Reduktion von Überstunden nachdenken, fordert die FPÖ, die Nichtbesteuerung von Überstunden auszuweiten. Statt derzeit fünf Stunden möchte sie zehn Stunden steuerfrei stellen. Damit würden völlig falsche Anreize entstehen, noch mehr zu arbeiten, und die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert werden. Solche Forderungen – in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit – zeugen nicht von großem Verständnis für soziale Zusammenhänge.

Geht es nach den Freiheitlichen, sollen in Zukunft nicht nur die Kinderbetreuung, sondern auch sonstige haushaltsnahe Dienstleistungen steuerlich geltend gemacht werden können.

Auch das ist eine Forderung, die eine Prüfung hinsichtlich ihrer sozialen Qualität verdient. Denn was daran sozial sein soll, wenn Gutverdiener in Zukunft nicht nur die Leihoma, sondern auch die Putzfrau von der Steuer absetzen können, ist nicht erklärbar.

Wenig sozial ist auch die blaue Ablehnung einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen. Warum eine Partei, die sich damit brüstet, sich für den „kleinen Mann“

Viele sozialpolitische Forderungen der FPÖ erweisen sich bei genauerem Hinsehen als unsozial.

einzusetzen, gleichzeitig verhindern will, dass dessen Kinder bessere Bildungschancen bekommen, lässt sich ebenfalls mit rationalen Argumenten nicht erklären. Schlicht menschenverachtend sind die von den Freiheitlichen geforderten Deutschsprachigen Prüfungen für 5- bis 6-jährige Kinder vor dem Schuleintritt. Besser wäre eine intensivere Betreuung von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache etwa durch ein generelles zweites, verpflichtendes Kindergartenjahr.

Schlechte Regierungsbilanz

Wer schließlich nach der Lektüre des freiheitlichen Programms noch immer an eine soziale FPÖ glauben möchte, dem/der sei ein kurzer historischer Rückblick empfohlen. Denn auch in den sechs Jahren ihrer Regierungsbeteiligung haben die Freiheitlichen keine sozialen Fortschritte, sondern nur Rückschritte erreicht.

Die FPÖ fordert heute eine Mindestpension. Als sie an der Regierung war, hat sie jedoch mit ihrer Pensionsreform den Menschen eine massive Leistungskürzung zugemutet. Dieselbe Partei, die heute „den kleinen Mann“ entlasten möchte, hat ihn (und noch mehr die kleine Frau) stärker belastet. Sie hat Selbstbehalte wie die Ambulanzgebühren zulasten der PatientInnen eingeführt, Unfallrenten besteuert und damit Menschen, die einen Arbeitsunfall hatten, zusätzlich belastet.

Statt die ArbeitnehmerInnen zu entlasten bekamen die Arbeitgeber ein Zuckerl nach dem anderen. Dass die Steuerreform von 2004/2005 eine einmalige Entlastung brachte, wurde von den Gebührenerhöhungen sofort wieder aufgefressen, und an dem hohen Eingangssteuersatz von 38,33 Prozent, der damals eingeführt wurde, knabbern wir heute noch.

Undurchdachte Vorhaben

Ein zentrales Vorhaben des schwarz-blauen Regierungsprogramms war die Entmachtung von Gewerkschaften und Arbeiterkammern. Es wurde versucht, die Kollektivvertragspolitik der Gewerkschaften zu unterlaufen und die Ressourcen der AK durch eine Kürzung der AK-Umlage zu beschneiden. Man stelle sich vor, wie es heute um die Einkommensentwicklung der ArbeitnehmerInnen bestellt wäre, hätten sie sich damit durchgesetzt.

Das Resümee ist deutlich und enttarnend: Weder im Partei- oder Wahlprogramm der FPÖ noch beim Rückblick auf die blaue Regierungsarbeit finden sich glaubhafte Indizien für ein soziales Gewissen der Freiheitlichen. Im Gegenteil, was die Freiheitlichen als sozialen Fortschritt verkaufen wollen, ist in Wahrheit menschenfeindlich und ein sozialer Rückschritt. ■



Die vielen ertrunkenen Flüchtlinge vor Lampedusa sind ein Synonym für das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik.

Europa – eine unmenschliche Festung

Flucht ist kein Verbrechen, Abschiebung schon. Auch Österreich entledigt sich seiner Verantwortung für Flüchtlinge und Asylwerber in Not.

von Susanne Scholl

Die Betroffenheit dauerte nicht lange. Zwar tat alle Welt erschüttert, als vor wenigen Wochen gleich 300 Menschen vor der kleinen italienischen Insel Lampedusa starben – aber mehr als ein paar Trauerworte gab es nicht. Das vollmundig angekündigte Staatsbegräbnis fand nicht statt, die Überlebten wurden dagegen mit einer hohen Geldstrafe wegen „illegaler Einreise“ bedacht.

Die Spitzen der europäischen Politik versammelten sich – um festzulegen, dass die „Grenzschutz“-Agentur Frontex noch mehr Kompetenzen erhalten sollte. Die Kompetenz nämlich, Boote mit Menschen auf der Flucht auf hoher See abzufangen

und zum Umkehren zu zwingen. Mit einem Wort, die Kompetenz immer mehr Tote im Mittelmeer zu verursachen – in diesem riesigen Massengrab, in dem in den vergangenen Jahren schon mehr als 20.000 Menschen ihr Leben verloren, als sie versuchten, sich in Sicherheit zu bringen vor Verfolgung, Mord und Totschlag, vor Elend und Hunger.

Europa versagt

Lampedusa ist nur ein Symbol. Ein Symbol für das europäische Versagen angesichts neuer Krisen und Kriegs-Schauplätze, angesichts Hunger, Not, Verfolgung, Mord und Diskriminierung. Und Lampedusa geht alle EuropäerInnen an, auch die

ÖsterreicherInnen. Dabei sind es gerade die österreichischen Politiker, die in solchen Situationen gerne immer die schärfsten Maßnahmen fordern: Maßnahmen gegen, nicht für die Menschen in Not.

In Österreich hat sich schon lange die Meinung durchgesetzt, die meisten Menschen, die es auf der Flucht – meistens gegen ihren Willen – hierher verschlägt, seien Lügner und Betrüger, die „sich ins gemachte Bett legen und uns was wegnehmen wollen“. Einige Beispiele: Die junge Frau aus Tschetschenien, deren männliche Verwandte fast alle in den zwei verheerenden Kriegen ums Leben kamen, die mit drei kleinen Kindern unter ständiger Bedrohung

der derzeitigen tschetschenischen Machthaber ihr Leben zu fristen versucht, die so lange terrorisiert wird, bis sie ihre Kinder nimmt und unter unvorstellbaren Qualen bis Österreich gelangt, wird von dem für sie zuständigen Beamten sogleich der Lüge geziehen. Man erklärt ihr, die gerade noch rechtzeitig vor Schlimmerem flüchten konnte, dass in ihrer Heimat Frieden herrsche und sie deshalb keinen Grund habe, hierzubleiben. Dass dieser Friede nur für jene gilt, die zum Kreis um den allmächtigen Präsidenten von Moskaus Gnaden gehören, interessiert die österreichischen Beamten nicht.

Ebensowenig wie die Tatsache, dass Pakistanis, die aus dem Swat-Tal geflohen sind – also aus jener von den Taliban dominierten Region, in der das Mädchen Malala in den Kopf geschossen wurde, weil es für das Recht auf Bildung auch für Mädchen eintrat –, dass Menschen, denen die Flucht aus dieser Region gelungen ist, nur dann in Sicherheit sind, wenn sie auch Pakistan weit hinter sich lassen können.

Menschen in Not

Österreich entledigt sich also seiner Verantwortung gegenüber Menschen in Not und auf der Flucht, indem es diese pauschal zu Lügner und Betrügern erklärt. Aber „wir“ tun noch mehr. Wir beklagen uns unausgesetzt darüber, dass uns eben diese Menschen „auf der Tasche liegen“, wollen gleichzeitig aber nichts davon wissen, eben diesen „uns auf der Tasche Liegenden“ die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu erhalten, statt auf widerwillig gegebene Almosen angewiesen zu sein. Die Menschen, die verzweifelt versuchen, hier in Österreich ein neues, menschenwürdiges Leben zu beginnen, werden genau daran gehindert, wo es nur geht.

Recht auf Arbeit

Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht – das aber all jenen hierzulande verweigert wird, die meist unter anderem auch um ihrer Menschenwürde willen bis zu uns geflüchtet sind. Diese Menschenwürde aber stiehlt man ihnen mit jedem Tag, an dem man sie wie Verbrecher einsperrt, verhört, beschuldigt und ausgrenzt – mit jedem Tag, an dem man ihnen das Menschenrecht auf Arbeit verweigert.

Dabei stellt sich die Frage: Wo wäre Österreich ohne Menschen aus aller Welt, die hier bei uns arbeiten? Ohne die Krankenschwestern, Pfleger, PflegehelferInnen, die AltenpflegerInnen

Statt Asylwerbern eine Arbeitserlaubnis zu geben, werden sie bei uns wie Verbrecher behandelt und missachtet.

und KinderbetreuerInnen aus allen Ländern der Welt? Und auf Europa umgelegt: wo wären Italien und Spanien ohne die afrikanischen Obstpflücker und Weinleser?

Um nur ein Beispiel zu nennen: In diesem Herbst jährte sich zum 75. Mal jener Tag, an dem in Deutschland und Österreich Synagogen brannten, jüdische Geschäfte ausgeraubt wurden und Menschen gejagt wurden wie Tiere. Der Tag vom Beginn des schlimmsten Verbrechens gegen das Menschsein in der Geschichte der Menschen. Österreich hat Mitschuld an diesem Verbrechen – aber offenbar nichts daraus gelernt. Sonst könnte dieses Land heute nicht so gnadenlos mit Menschen umgehen, die vor Elend, Verfolgung und Mord zu uns flüchten.

Flucht wird kriminalisiert

Ja, viele kommen auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben, ja, viele kommen, weil sie nicht zusehen

wollen, wie ihre Kinder verhungern. Dass diese Fluchtgründe inzwischen mit Betrug gleichgesetzt werden, ist ebenso schändlich, wie die Kriminalisierung von Obdachlosen – die in Ungarn bereits Gesetz ist, aber auch in Österreich vorkommt.

Eine Gesellschaft, die so mit den Ärmsten der Armen, den Schwächsten der Schwachen umgeht ist menschenverachtend, vor allem aber kurzfristig. Die Lösung des Problems ist sicher nicht die Festung Europa, und sicher auch nicht das geradezu kriminelle Wegschauen bei Mord und Totschlag. Die Lösung ist Respekt, Menschlichkeit und Hilfe dort, wo sie gebraucht wird – eben auch hier in diesem Land, das durchaus in der Lage ist, den zu uns Flüchtenden Sicherheit zu geben.

Die Menschen, die zu uns kommen, haben nämlich viel zu geben. Erfahrungen und Wissen, das uns fehlt – und das wir nur allzu gut brauchen können. Wenn wir das, was diese Menschen mitbringen, zu nutzen verstünden, würde dieses Land um so viel reicher werden, als es ohnehin schon ist. ■

Susanne Scholl



Foto: Godany

ist Journalistin, Schriftstellerin und war viele Jahre lang als Auslandskorrespondentin für den ORF in Russland tätig.

www.susannescholl.at



Geschäftsführerin Andrea Eraslan-Weninger fordert besseren Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerber.

© Nurih Wagner-Strauss

Asylsuchende brauchen Arbeit

Das Integrationshaus betreut rund 4.000 Menschen im Jahr. Leiterin Eraslan-Weninger fordert eine höhere Grundversorgung, das Recht auf Arbeit für Geflüchtete und ein überarbeitetes Asyl- und Fremdenrecht.

von Alexia Weiss

KOMPETENZ: Wie schaut aktuell der Alltag im Integrationshaus aus?

Eraslan-Weninger: Bei uns sind derzeit an die 100 MitarbeiterInnen beschäftigt und insgesamt betreuen wir mehr als 4.000 Menschen. Schwerpunkt sind Asylsuchende, subsidiär Schutzberechtigte und Asylberechtigte. In unseren Bildungsprojekten kümmern wir uns aber auch um viele MigrantInnen.

KOMPETENZ: Welche Art von Hilfe bekommen die Menschen bei Ihnen?

Eraslan-Weninger: Das ist ganz unterschiedlich. Wir haben im Integrationshaus einen Wohnheimbetrieb, in dem 110 Personen untergebracht sind. Diese Personen sind zumeist Asylsuchende. Viele von ihnen haben einen erhöhten Betreuungsbedarf. Das trifft vor allem auf Alleinerzieherinnen mit ihren Kindern, auf psychisch Kranke und auf Menschen, die traumatisiert sind, zu. Aktuell leben auch 20 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zwischen 14 und 18 Jahren in unserem Wohnheim.

KOMPETENZ: Was bringen gerade allein geflüchtete Minderjährige an Bedürfnissen mit?

Eraslan-Weninger: Viele minderjährige Flüchtlinge haben sehr viel Leid – vor der Flucht und auch während der Flucht – erlebt. Es ist ganz wichtig, dass es hier ein gutes Angebot zur psychischen Stabilisierung und Aufarbeitung gibt. Und wichtig ist auch eine gute Vertretung im Asylverfahren, denn die Gesetze sind immer restriktiver und komplizierter geworden.

Da ist unsere unabhängige Rechtsberatung sehr wichtig, die nur aus Spenden finanziert wird. Es ist uns aber ein großes Anliegen, weil die staatliche Rechtsberatung viele Gebiete nicht abdeckt. Wir bieten eine kostenlose Vertretung quer durch alle Instanzen an, zum Beispiel auch vor dem Asylgerichtshof im Beschwerdeverfahren.

KOMPETENZ: Was gibt es noch für Angebote?

Eraslan-Weninger: Wir machen sehr viel im Bereich Bildung. Das eine ist die Sprache, das andere die Heranführung an den Arbeitsmarkt. Wir knüpfen Kontakte zur Wirtschaft, versuchen Arbeitsplätze für die Menschen zu finden und Lehrstellen für Jugendliche. Dasselbe machen wir im Wohnbereich. Mit Spenden des Weinguts Gernot und Heike Heinrich und Spar, wo die Weine verkauft werden, finanzieren wir hier eine Integrationsbegleitung.

KOMPETENZ: Was bräuchten die Menschen noch, um sich in Österreich einzuleben?

Eraslan-Weninger: Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass Asylsuchende während des Asylverfahrens außer als Saison- und Erntehelfer nicht arbeiten dürfen. Das ist eine große Tragödie.

KOMPETENZ: Wie könnte Arbeit den Menschen helfen?

Eraslan-Weninger: Wir müssen den Menschen derzeit raten, dass sie während des Asylverfahrens ohne entsprechende Bewilligung nicht arbeiten, weil es rechtliche Konsequenzen hätte. Sie sind daher auf die Leistungen in der Grundversorgung angewiesen, doch diese sind viel zu niedrig. Etwas über 300 Euro im Monat sind zu wenig, um sich in Wien eine Wohnung zu finanzieren

und zu überleben. Hier müssten die Sätze dringend angehoben werden. Das ist das eine. Auf der anderen Seite ist das Schlimme, dass viele Verfahren immer noch Jahre dauern. Während dieses Wartens gehen mitgebrachte Qualifikationen und praktische Fähigkeiten verloren, da findet eine Dequalifikation statt. Und es ist dann nach einer Anerkennung sehr schwer, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Daher fordern wir, dass es längstens nach sechs Monaten nach Antragstellung im Asylverfahren einen vollen Zugang zum Arbeitsmarkt gibt. Das wäre sowohl für die Betroffenen

Es ist eine große Tragödie, dass Asylsuchende während ihres Asylverfahrens nicht arbeiten dürfen.

als auch die Gesellschaft wichtig. Es würde auch die Grundversorgung entlasten.

Und noch etwas: Für Jugendliche gibt es über Erlässe zwar inzwischen einen Zugang zur Lehrausbildung, aber mit der Einschränkung, dass dieser Zugang nur für Mangelberufe gewährt wird. Und es ist auch nicht vorgesehen, dass das AMS diese Jugendlichen aktiv betreut, sie können sich also nicht arbeitssuchend melden. Es gibt auch keine Arbeitsmarktförderungen für diese Jugendlichen. Und sie sind von der überbetrieblichen Lehrausbildung ausgeschlossen. Daher finden in der Praxis nur sehr wenige eine Lehrstelle.

KOMPETENZ: Was müsste die Politik aus Ihrer Sicht darüber hinaus an den Rahmenbedingungen ändern?

Eraslan-Weninger: Ich denke, die unzähligen Todesopfer der europäischen Abschottungspolitik erlauben es uns nicht, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Es braucht dringend eine Reform, die gesicherte

legale Einreisemöglichkeiten schafft. Und wir brauchen eine Abschaffung des Dublin-II-Systems, wonach in der Regel jenes EU-Mitglied zuständig ist, das von der schutzsuchenden Person als erstes betreten wurde. Hier braucht es einfach ein solidarischeres Aufteilungssystem. Und es braucht auch mehr Wahlfreiheit für die Flüchtlinge, die kommen. Vor allem aber muss jeder Flüchtling in Europa Schutz und Sicherheit finden können.

KOMPETENZ: Auch Österreich sollte hier noch mehr tun?

Eraslan-Weninger: Es wäre ganz wesentlich, das Asyl- und Fremdenrecht zu überarbeiten, sodass diese Rechtsbereiche wirklich zu menschlichen Gesetzen werden. Darüber hinaus müsste ein Bleiberecht geschaffen werden, das diesen Namen auch verdient. Wichtig wäre es, die Grundversorgung zu reformieren und die Finanzmittel dafür anzuheben, um eine adäquate Betreuung für jeden Flüchtling sicherzustellen. ■

Mehr Infos

Das Integrationshaus leistet einen großen Teil seiner Arbeit mit der Hilfe von Spendenmitteln. Finanziert werden mit diesen zum Beispiel die unabhängige Rechtsberatung, die psychologische Betreuung für traumatisierte Flüchtlingskinder, die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger, Deutschkurse und die Betreuung eines Wohnprojekts.

Spendenkonto: 671 130 300, BLZ 12000, Bank Austria

www.integrationshaus.at



Energie am Wendepunkt

Die Auswirkungen der Energiewende auf Lebens- und Wirtschaftsräume beschäftigen die BetriebsrätInnen der Energiewirtschaft.

von Robert Strayhammer

Die europäische Energiewirtschaft befindet sich, angetrieben vom Umstieg auf erneuerbare Energie, in einem radikalen Strukturwandel. Um die negativen Folgen des Klimawandels zu bekämpfen, haben sich die Mitgliedsländer der Europäischen Union dazu verpflichtet, den Anteil an erneuerbarer Energie bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen. Dies geschieht vor allem durch die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie (z. B. Windkraft, Photovoltaik, Biomasse etc.).

Fairplay bei Förderungen gefordert

Für die Förderung erneuerbarer Energie werden in Österreich jährlich rund 350 Mio. Euro von den StromkundInnen aufgebracht, in Deutschland sind es gar 20 Mrd. Euro – Tendenz steigend. Der mit diesen Mitteln finanzierte, rasante Ausbau von Ökostromanlagen stellt in Zusammenhang mit einem

liberalisierten Markt die Verhältnisse der Elektrizitätswirtschaft auf den Kopf. Gingen früher Kraftwerks- und Netzausbau bedarfsgerecht Hand in Hand, so führt ein System mit verteilten Zuständigkeiten (Erzeugung, Netze, Handel/Vertrieb) und einem absoluten Vorrang für Ökostrom zu Problemen. So werden etwa Windparks errichtet, ohne dass Netze zum Abtransport der Energie vorhanden wären. Hinzu kommt, dass durch die enormen Mengen geförderten Ökostroms in Deutschland die Preisbildung an den Strombörsen versagt. Konventionelle Gaskraftwerke, die die Versorgungssicherheit in jenen Zeiten garantieren, in denen weder Wind noch Sonne den nötigen Strom liefern, können nicht länger wirtschaftlich betrieben werden.

Finanziert wird die Förderung des Ökostroms zudem über Umlagen bei den StromkundInnen, wobei eine Ungleichgewichtung zulasten der Haushaltskunden existiert,

während große Energieverbraucher in Industrie und Gewerbe geringer belastet werden.

Strukturwandel aktiv gestalten

Der Sektor der traditionellen Energiewirtschaft schrumpfte im vergangenen Jahrzehnt europaweit um rund 300.000 Arbeitsplätze, während im Bereich der Öko-Energie neue Teilnehmer mit niedrigeren arbeits- und sozialrechtlichen Standards auf den Markt drängen.

GPA-djp-Verhandlungsführer für den Wirtschaftsbereich Energie Johann Hubmann fordert daher eine faire Kostenverteilung, mehr Effizienz bei den Förderungen und eine stärkere Systemintegration der Erneuerbaren. Er drängt auf eine aktive Rolle der Beschäftigten: „Die permanente Aus- und Weiterbildung der Belegschaft ist einer der Schlüssel dazu, wie wir innerhalb der Unternehmen mit den Erfordernissen der Energiewende umgehen können.“ ■



Empörung über Kündigungen bei Raiffeisen-IT

Parallel zur Kündigungswelle werden vergleichbar Qualifizierte gesucht.

Die Gewerkschaft kritisiert die Kündigungswelle bei der Raiffeisen Informatik. Es geht um rund 60 von über 1.000 österreichweit Beschäftigten. Die Wiener Geschäftsführerin Barbara Teiber spricht von einer „Katastrophe für die Beschäftigten“. Besonders empört ist sie darüber, dass viele Betroffene zwischen 50 und 55 Jahre und älter seien. Die Raiffeisen Informatik suche allerdings gleichzeitig neue Beschäftigte. Das Anforderungsprofil ist nach Gewerkschaftsinformationen „durchaus vergleichbar mit jenem der zur Frühwarnung Angemeldeten“.

Betroffene berichten, dass sie Ende November im Eilzugtempo regelrecht auf die Straße gesetzt wurden. Die GPA-djp verlangt von der Unternehmensführung, den zur Kündigung anstehenden IT-Angestellten intern einen Wechsel auf andere Arbeitsplätze zu ermöglichen. „Im übrigen sieht sich die GPA-djp geradezu verpflichtet, aufgrund von Informationen aus der Belegschaft das Arbeitsinspektorat darüber zu informieren, dass bei der Raiffeisen Informatik möglicherweise regelmäßige Überschreitungen der täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeiten vorliegen“, so Teiber.

KV Gesundheit und Soziales

Die Kollektivvertragsverhandlungen im privaten Gesundheits- und Sozialbereich starteten Anfang Dezember mit einer österreichweiten BetriebsrätInnen-Konferenz. 2012 führten die Arbeitgeber von Sozialwirtschaft Österreich, Caritas und Diakonie gemeinsame Kollektivvertragsverhandlungen mit GPA-djp und vida. Heuer gibt es, zum Bedauern der Gewerkschaften, keine gemeinsamen Verhandlungen. Für die Beschäftigten geht es um faire Lohn- und Gehaltserhöhungen und um arbeitsrechtliche Verbesserungen, wie z. B. die volle Anrechnung der Karenzzeiten und mehr Urlaub. Infos unter: www.gpa-djp.at/sozial

Wissensaufbau

ExpertInnen des Wirtschaftsbereiches Handel der GPA-djp haben GewerkschafterInnen in Mittel- und Südosteuropa sowie in der Türkei beim Aufbau tragfähiger Strukturen zur Verhandlung von Kollektivverträgen unterstützt. Im Rahmen des EU-Projekts „Training & Backup & Linking up Commerce Trade Unions in New Member States and Candidate Countries“ wurde von September 2012 bis September 2013 mit insgesamt 144 KollegInnen des großflächigen Einzelhandels Vernetzung und Erfahrungsaustausch betrieben. Das Projekt richtete sich an GewerkschafterInnen, die in Verhandlungen für nationale Kollektivverträge und europäische Vereinbarungen mit der Arbeitgeberseite eingebunden sind.

Im Handelssektor sind europaweit 32,8 Mio. ArbeitnehmerInnen beschäftigt. In den neuen Mitgliedsstaaten und den Kandidatenländern der EU ist der Dialog zwischen Arbeitnehmer- und ArbeitgebervertreterInnen durch verschiedene Faktoren erschwert. Einerseits sind die Handelsangestellten schwach gewerkschaftlich organisiert, andererseits bilden die Arbeitgeber selten verhandlungsfähige Vereinigungen.

Zweisprachiger Projekt-Blog: <http://training.gpa-djp.at/the-project/>

Moderne Sklaverei auf WM-Baustellen

Täglich stirbt ein Arbeiter auf den Baustellen für die Fußball-WM 2022 in Katar. Die Gewerkschaftskampagne „Neu Abstimmen“ kämpft dagegen an.

von Jonas Müller

Abdeslam Ouaddou schwitzt und ringt nach Luft. Er richtet sich auf und beginnt zu laufen. Bei 50 Grad und praller Sonne machen sich im Laufrhythmus pochende Kopfschmerzen breit. Angestrengt kämpft er sich an sein Ziel und kann seinen Durst stillen. Der Fußballprofi hat das Training beendet. Er steht in der Wüste Katars und ist allein – gefangen in einem System, das Kafala heißt.

Kafala

Katar ist etwas kleiner als Oberösterreich. Im Land leben knapp zwei Millionen Menschen, nur 250.000 haben die katarische Staatsbürgerschaft. Der Rest sind ausländische ArbeitnehmerInnen, die durch das Kafala-System an einen Arbeitgeber gebunden sind. Bei diesem Bürgerschafts-System ist der Arbeitgeber für die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen der Beschäftigten verantwortlich. Fortan bestimmt er fast uneingeschränkt über ihr Schicksal. Ein Jobwechsel ist nur mit seiner Zustimmung möglich. Kommt es zu einem arbeitsrechtlichen Konflikt, kann er die Ausweisung der ArbeitsmigrantInnen verlangen. Wer das Land verlassen will, muss oft auf alle noch offenen Ansprüche verzichten. AusländerInnen dürfen sich nicht gewerkschaftlich organisieren.

Skaven für die Fußball-WM

Sie kommen aus Indien, Nepal oder Sri Lanka und hoffen auf gute Arbeit. Tatsächlich sind sie bereits verschuldet, wenn sie ins Land kommen. Die Jobs im Emirat sind begehrt und nur über teure Vermittlerdienste zu ergattern. Reisekosten werden nur vorgestreckt, am Flughafen wird vielen der Pass abgenommen. Sie schufteten bis zu 16 Stunden am Tag bei Gluthitze auf schlecht gesicherten Baustellen. Oft gibt es kein kostenloses Wasser. Löhne werden monatelang nicht ausbezahlt. Abends zwingen sie sich zu vierzehnt in einen dreckigen Container ohne Klimaanlage. Sie, das sind Hunderttausende gesichts- und namenlose Arbeitsmigranten, die Infrastruktur für die Fußball-WM 2022 in Katar errichten, einem der reichsten Länder der Welt.

Für Abdeslam Ouaddou hatte es gut begonnen. Nach Stationen in Europas Topligen heuerte der vielfache Nationalspieler Marokkos beim Lekhwiya SC in Katar an, neu gegründet von einem vermögenden Scheich. Die erste Saison lief ausgezeichnet, Ouaddou war maßgeblich am Gewinn der Meisterschaft beteiligt. Doch er fiel beim Scheich in Ungnade und wurde ohne Vertragswerk zu einem anderen Team geschickt. Als er auf die Einhaltung seines ursprünglichen Vertrags



pochte, wurde das Gehalt gestoppt und Ouaddou musste mit seiner Familie die Unterkunft des Klubs verlassen. Sein neues Team verweigerte ihm das Trainingslager in kühleren Regionen. Um seine Ansprüche zu behalten, trainierte er allein während des katarischen Sommers. Als er das Land entnervt verlassen wollte, wurde ihm die Ausreise verweigert. Was wie Willkür und Vertragsbruch durch die Klubs erscheint, ist dank dem Kafala-System geltendes Recht.

Die Arbeitsbedingungen und Unterkünfte sind so miserabel, dass täglich ein Arbeiter stirbt – direkt auf den Baustellen oder nachts an einem Herzinfarkt. Aus Verzweiflung nehmen sich manche das Leben. Arbeiter, die sich verletzten



Foto: Frank Rumpenhorst / dpa / picturedesk.com

oder arbeitsunfähig werden, überlässt man sich selbst. Wer protestiert oder kündigen will, wird verjagt. Durch die Bindung an den Kafala-Bürgen ist es unmöglich, eine neue Arbeit zu bekommen.

Ändert sich nichts an ihrer Situation, werden bis zum Beginn der WM noch Hunderte Arbeiter wegen der furchtbaren Bedingungen sterben. Worunter die Arbeiter leiden, hat einen Namen: moderne Sklaverei.

Internationale Gewerkschaftskampagne

Im Oktober 2013 spricht Abdeslam Ouaddou in Wien über seine Erfahrungen. Katar konnte er verlassen, ein Verfahren wegen ausstehender Gehälter liegt beim Weltverband FIFA. Aus Solidarität zu den Arbeitern und den Opfern des Kafala-Systems sorgt er gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) für eine Debatte über die Verhältnisse in Katar. Ouaddou ist das Sprachrohr der Kampagne „re-run the vote“ („Neu Abstimmen – Keine Fußball-WM ohne Arbeitnehmerrechte“). Das Ziel ist, Katar die WM zu

entziehen und an ein anderes Land zu vergeben. Gleichzeitig setzen sich GewerkschafterInnen ein, um Leben zu retten und die Arbeitsbedingungen in Katar zu verbessern. Sie fordern das Ende des Kafala-Systems und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation.

Noch versuchen die Vertreter der FIFA und Katars zu beruhigen. „Die FIFA kann nicht in die Arbeitnehmerrechte eines Landes eingreifen, aber wir können sie auch nicht ignorieren“, meint FIFA-Präsident Joseph Blatter. Nach weltweiten Medienberichten wächst der Druck, namhafte Fußball-Funktionäre äußern Kritik. Wolfgang Niersbach, der Präsident des mächtigen Deutschen Fußballbundes (DFB), ist empört: „Hier vor werden wir unsere Augen nicht verschließen. Wir haben das Thema in engem Schulterschluss mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund bei der FIFA platziert.“ Der Österreichische Fußballbund (ÖFB) würde sich internationalen Protesten anschließen. Die Kampagne des IGB kann im Internet unterstützt werden.

www.rerunthevote.org

Interview mit ÖFB-Präsident Leo Windtner

KOMPETENZ: Herr Windtner, wie steht der ÖFB zu den Berichten über die Lage der Arbeiter in Katar?

Leo Windtner: Die Berichte zeigen kein gutes Bild von den Arbeitsbedingungen. Die Schaffung von Sportinfrastruktur ist bei Großveranstaltungen ein zwingendes Kriterium, darf aber nur unter humanen Arbeitsbedingungen passieren. Die FIFA als Organisator einer WM muss sich bei der Infrastruktur auf das Ausrichterland verlassen. Jedenfalls ist jeder Ansatz der Ausbeutung von Arbeitskräften aufzuklären und zu verurteilen.

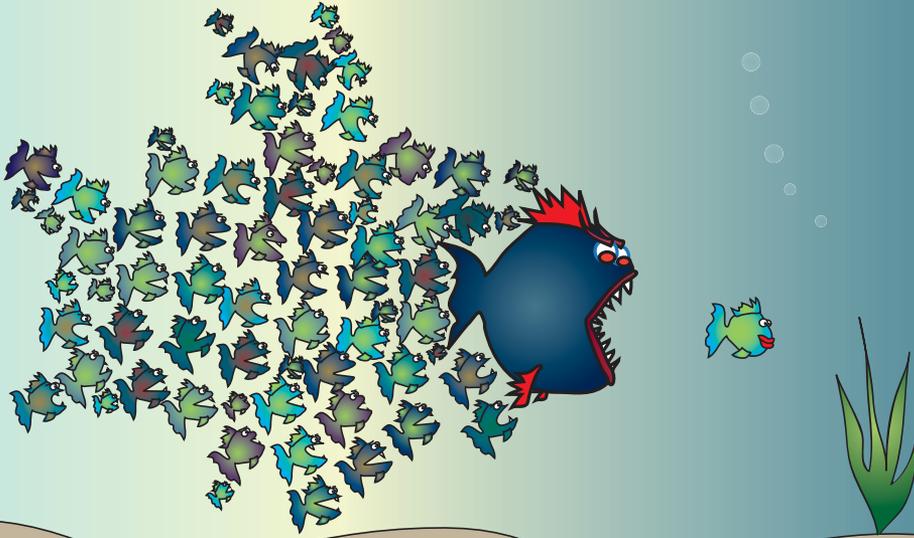
KOMPETENZ: Der DFB hat seine Kritik bei der FIFA bereits geäußert. Wird der ÖFB ebenfalls protestieren oder sich bei Protesten einbringen?

Leo Windtner: Wir haben unsere Bedenken dazu bereits geäußert und würden uns durchaus anschließen, falls mehrere Nationalverbände in dieser Richtung aktiv werden.

KOMPETENZ: Bei 50 Grad lässt sich kaum arbeiten und Fußball spielen. Eine Verlegung in den Winter ist kompliziert. Hätte die WM an einen anderen Bewerber vergeben werden sollen?



Leo Windtner: Es gibt viele Diskussionen rund um die Vergabe. Ich denke, dass die Entscheidung der FIFA wohl überlegt und entsprechend geprüft wurde. Präsident Blatter hat einer Verlegung in den Winter eine Absage erteilt. Wenn es dabei bleibt, müssen auf jeden Fall akzeptable und faire Bedingungen für die Teams und Fans aller teilnehmenden Nationen gewährleistet sein. Ansonsten wäre eine Neuvergabe tatsächlich zu überlegen.



© Kerstin Knüpfel

Dabei sein bringt's!

Eine Mitgliedschaft bei der GPA-djp lohnt sich doppelt: Sie bringt den Einzelnen viele Vorteile und stärkt die Verhandlungskraft unserer Gewerkschaftsbewegung.

von Petra Sandner

Durch Ihre Mitgliedschaft sichern Sie sich nicht nur wichtige Leistungen Ihrer Gewerkschaft. Sie stärken auch die Position der GPA-djp bei den jährlichen Verhandlungen zur Sicherung und Erhöhung der Einkommen von Hunderttausenden Beschäftigten. Denn je mehr Mitglieder unsere Gewerkschaft hat, desto wirkungsvoller und nachhaltiger können die Interessen der Beschäftigten vertreten werden.

Das Verhandeln von insgesamt über 160 Kollektivverträgen, gemeinsam mit 16.000 BetriebsrätInnen, die in der GPA-djp organisiert sind, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaft. Diese Kollektivverträge regeln die Löhne und Gehälter, Ihr Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie eine korrekte Arbeitszeit.

Mit Ihrer Mitgliedschaft sichern Sie sich einen starken Partner, z. B. bei rechtlichen Problemen an Ihrem Arbeitsplatz. Sowohl durch Ihr Recht

auf persönliche Beratung von unseren RechtsexpertInnen als auch durch die gesicherte Weiterbildung der bei uns organisierten BetriebsrätInnen, z. B. im Arbeitsrecht.

Mit nur 1 % ihres Bruttogehalts, max. € 29,80 für 2014, können unsere Mitglieder alle Serviceleistungen der GPA-djp nutzen. Sie bekommen das GPA-djp-Mitgliedermagazin KOMPE-TENZ zugeschiedt und können über die Mitglieder-CARD verschiedenste Ermäßigungen in den Bereichen Kultur, Sport, Freizeit und Urlaub in Anspruch nehmen.

Der Mitgliedsbeitrag ist von der Lohnsteuer absetzbar und wirkt daher steuermindernd. Bei einer direkten Verrechnung über Ihr Gehalt ist dies bereits steuerlich berücksichtigt.

Weitere Infos im GPA-djp-Service-center unter der Tel. Nr. 05 03 01-301, per Mail an service@gpa-djp.at oder unter www.gpa-djp.at ■

Beiträge 2013

Mitgliedsbeitrag

1 Prozent des Bruttogehalts, max. € 29,80 (Grenzbeitrag 2014). Die Anhebung des Grenzbeitrages beträgt 3,1 Prozent.

Nicht angehoben wurden folgende Beiträge:

Monatliche Fixbeiträge

Arbeitslose, Zweitmitgliedschaft, unbezahlte Freistellung, vorzeitiger Mutterschutz € 1,80, geringfügig Beschäftigte € 2,-, atypisch Beschäftigte/Werkvertrags- und freie DienstnehmerInnen
1 Prozent bzw. max. € 10,-

Jährliche Fixbeiträge

SchülerInnen, StudentInnen € 8,40, PensionistInnen € 36,-, außerordentliche Mitgliedschaft € 21,60

Ausnahmen

Freie JournalistInnen mit Presseausweis € 10,-/Monat (wenn nicht der Grenzbeitrag von € 29,80 anzuwenden ist) JournalistInnen in Pension, mit Presseausweis € 8,-/Monat

Beitragsfreie Zeiten

Kranke ohne Gehaltsbezug, Mutterschutz und Elternkarenz, Bildungskarenz, Präsenzdienst und Zivildienst, wenn davor mindestens sechs Monate Beitragszahlung/Mitgliedschaft besteht.



© theartofphoto - Fotolia.com

Neue Broschüre für freie DienstnehmerInnen

Auswertung einer Umfrage über Honorare und Arbeitsbedingungen.

Die GPA-djp Interessengemeinschaft work@flex hat im Juni 2013 eine Online-Befragung zu den Arbeitsbedingungen und Honoraren von freien DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen durchgeführt. An der Befragung haben sich 315 Personen (180 Frauen, 115 Männer, 20 ohne Angabe) beteiligt.

Die wichtigsten Ergebnisse wurden nun in einer Broschüre zusammengefasst. Diese soll freien DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen einen Überblick und ein Argumentarium in die Hand geben. Bei der Auswertung zeigte sich, dass atypische Beschäftigung

mittlerweile auf keine besonderen Lebensabschnitte mehr begrenzt ist, sondern altersunabhängig stattfindet. Freie DienstnehmerInnen gibt es vor allem in den Bereichen Gesundheit und Soziales, dem Journalismus und der Erwachsenenbildung. Freie DienstnehmerInnen sind sehr gut ausgebildet, trotzdem sichert lediglich die Hälfte der Honorare die Existenz der Menschen. Die Dunkelziffer bei Umgehungsverträgen ist nach wie vor hoch.

Die Broschüre kann bestellt werden unter: service@gpa-djp.at



Pflegekarenz und Pflegeteilzeit

Angehörige von Pflegebedürftigen können ab 1. Jänner 2014 in Pflegekarenz gehen. Die Auszeit kann laut Gesetz bis zu drei Monate dauern, als Einkommensersatz werden monatlich maximal 1.400 Euro ausbezahlt. Daneben wird es die Möglichkeit der Pflegeteilzeit geben, die ebenfalls maximal drei Monate lang in Anspruch genommen werden kann. Dabei darf die Arbeitszeit auf ein Minimum von zehn Stunden pro Woche reduziert werden.

Die Themen Pflege und Betreuung sind aktueller denn je – nach Schätzungen der Wirtschaftsuniversität pflegen derzeit mehr als 120.000 ÖsterreicherInnen ihre Angehörigen zu Hause. Der Großteil davon sind Frauen. In diesem Zusammenhang tauchen viele Fragen auf – von rechtlichen

Details bis hin zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Eine neue Broschüre gibt allen Betroffenen und Interessierten einen kompakten Überblick über die rechtlichen und sozialpolitischen Voraussetzungen und Details der neuen Regelungen.

Bestellungen:
05 03 01-301
service@gpa-djp.at



Arbeit und soziale Sicherung unter Druck

Der Finanzkrise und ihrer Bewältigung wird in der öffentlichen Debatte viel Platz eingeräumt. Viele Staaten haben, der Anti-Krisenpolitik der EU folgend, nationale Sparpakete geschnürt. Die Konsequenzen sind massive Kürzungen zulasten breiter Bevölkerungsschichten und schwerwiegende Eingriffe in die Arbeitsbeziehungen. Ein Sammelband der Arbeiterkammer Wien hat die negativen Auswirkungen der Sparpolitik auf die europäischen Sozialstaaten zusammengefasst.

Mehr Infos unter:
<http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/Sozialpolitik/13>



Grätzeleltern-InitiatorInnen der Caritas und GB* 6/14/15

Wir sind die **Grätzeleltern!**

Rasch, kompetent und kostenlos: Hilfe von NachbarIn zu NachbarIn.

von Andrea Holzmann

Die GB* 6/14/15 ist eine Arbeitsgemeinschaft der WBV-GPA mit Klerings Architekten ZT GmbH, die 2012 nach einem gewonnenen Ausschreibungsverfahren von der Stadt Wien für die nächsten Jahre mit der Betreuung der Stadtentwicklungsgebiete im 6., 14. und 15. Bezirk beauftragt wurde. Eine der Aufgaben von Gebietsbetreuungen ist die Entwicklung neuer Ansätze in der Grätzelarbeit und deren Umsetzung in die Praxis.

Hilfe zur Selbsthilfe nach Berliner Vorbild

Ein besonders interessantes und zukunftsweisendes Konzept ist das der „Grätzeleltern“, das von der GB* 6/14/15 gemeinsam mit der Caritas entwickelt und als Pilotprojekt 2012/13 im gürtelnahen Gebiet im 6. und 15. Bezirk durchgeführt wurde. Es handelt sich dabei um einen innovativen Handlungsansatz zur niederschweligen Hilfe zur Selbsthilfe

für Menschen in schwierigen Wohnsituationen. Aufbauend auf den Erfahrungen des sehr erfolgreichen Projekts „Stadtteilmütter“ in Berlin-Neukölln, das europaweit Aufmerksamkeit erfahren hat, wurde die Wiener Variante „Grätzeleltern“ konzipiert. Ein wesentlicher Unterschied zum Berliner Vorbild ist die Tatsache, dass bei den Grätzeleltern nicht nur die Mütter, sondern auch die „Väter“ beteiligt sind.

Wer sind die „Grätzeleltern“ und was tun sie?

Die Grätzeleltern sind Männer und Frauen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft, die sich in ihrem Wohn- und Lebensumfeld, ihrem „Grätzel“, engagieren und andere Menschen dabei unterstützen, ihren Wohn- und Lebensraum aktiver zu gestalten.

Alle, die im Grätzel wohnen, können Grätzeleltern werden. Wer interessiert ist mitzuarbeiten, wird in Bezug auf Agenden rund ums Wohnen geschult und kann das erworbene Wissen weitergeben. Jedes Grätzeleltern-Team besteht aus zwei Personen, die als „Tandem“ Hausbesuche bei Menschen machen, die Unterstützung brauchen, jedoch nicht den Weg in eine institutionelle Beratung finden.

Die Grätzeleltern finden leicht Zugang zu den jeweiligen Einwanderer-Communities, weil sie deren Lebensrealität kennen und ihre Muttersprachen sprechen. Dadurch können sie eine Brückenfunktion zu professionellen Ansprechstellen erfüllen. Die ehrenamtliche Tätigkeit der Grätzeleltern wird mit einer Aufwandsentschädigung honoriert und inhaltlich begleitet.

Hilfestellungen um alltägliche Hürden zu bewältigen

Im Pilotprojekt von GB* 6/14/15 und Caritas lag der Schwerpunkt auf den Themen Wohnen und Zusammenleben. In den Beratungsgesprächen ging es um gesundes Wohnen im Allgemeinen, um Baumängel und Schimmel, um Möglichkeiten, Strom- und Heizkosten zu sparen, ums Mietrecht, um Informationen über Ansprechstellen der Stadt, aber auch um ganz Praktisches wie etwa

die Vermittlung von Reparaturen für defekte Geräte. Angesprochen wurden natürlich auch andere Problembereiche wie Krankheit, finanzielle Notlagen, Aufenthaltsstatus, Arbeitsgenehmigung oder Schulangelegenheiten. Im Zeitraum des Pilotprojekts wurden mehr als 100 Haushalte beraten.

Der niederschwellige und kultursensible Ansatz der Grätzeleltern stellt sicher, dass Haushalte erreicht werden, die aufgrund sprachlicher, sozialer oder kultureller Barrieren nur schwer Eingang in unsere Gesellschaft finden. In Berlin, wo das Projekt „Stadtteilmütter“ das hauptsächliche Ziel hatte, Kindern von Einwanderern den Zugang zum deutschen Schulsystem zu erleichtern, haben nicht nur die besuchten Haushalte von der Unterstützung profitiert, sondern auch die Stadtteilmütter selbst. Durch ihre Arbeit im Viertel und ihre neue Stellung gegenüber der eigenen Gemeinschaft haben die Frauen Selbstvertrauen getankt, und etliche von ihnen konnten sich darüber hinaus beruflich weiterbilden und am ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen.

Innovatives Sozialprojekt soll weitergeführt werden

In Wien werden Grätzeleltern zukünftig in den Bezirken 2, 5, 10, 16, 20, 21 und 22 tätig sein und unter dem Schwerpunkt „Gesundes Wohnen im Grätzel“ Beratung und Unterstützung anbieten.

Mit Blick auf die Zukunft kann als sicher gelten, dass sich Initiativen wie die Grätzeleltern, bei denen Einwanderer anderen Einwanderern und deren Kindern helfen, sich in der neuen Heimat zurecht zu finden, für die Gesellschaft um ein Vielfaches ihrer Kosten rechnen. ■

© Bild: Sonja Stepanek



„Grätzeleltern“ geben im Rahmen von Hausbesuchen ihr Wissen weiter.

Freie Wohnungen

Bestehende Objekte:

- 3002 Purkersdorf, Herren-gasse 6/3/13, 91 m², 3-Zimmer-Wohnung, mit 2 Terrassen, HWB 39 KWh/m²/a
- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10-18/Burgogasse 12-16, 2-3-Zimmer-Wohnungen frei, HWB (KWh/m²/Jahr) 144
- St. Egidien, Stadtgraben 3/3/6, 72 m², 3-Zimmer-Wohnung, Loggia, HWB 67,21 KWh/m²/a

Neubauprojekte

- 1100 Wien, Quellenstraße 2B, 174 geförderte Mietwohnungen mit Kaufoption nach 10 Jahren
- 1210 Wien, Aderklaaer Straße 29 „City Gate“, 71 frei finanzierte Mietwohnungen mit Kaufoption nach 10 Jahren

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte WBV-GPA-Wohnungsservice – Gassenlokal

1010 Wien
Werdertorgasse 9
Tel.: 01/533 34 14

Internet: www.wbv-gpa.at
E-Mail: wohnungsservice@wbv-gpa.at



© detailblick, Fotolia.com

Weihnachtliche Stimmung

Lassen Sie sich auf eine besinnliche Zeit einstimmen, mit vorweihnachtlichen Events und Geschenkideen zu Vorteilspreisen für GPA-djp-Mitglieder.



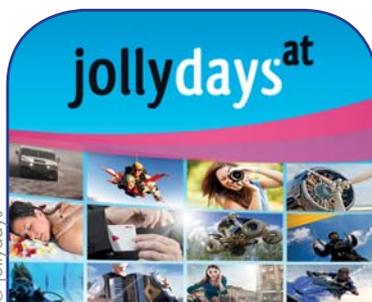
© Grenzlandchor Arnoldstein

Grenzlandchor Arnoldstein Weihnachten 2013

Viele Konzerte im In- und Ausland, ganz speziell z. B. der „Kärntner Advent“ im Wiener Musikverein, zeigen, dass es der Chor seit über 65 Jahren versteht, die KonzertbesucherInnen zu verzaubern.

Genießen Sie mit der neuen CD „Heiliger Abend daham“ die weihnachtliche Stimmung, so wie es früher war. Lieder, die genau das widerspiegeln, was viele von uns mit der Weihnachtszeit verbinden – Lieder, die ins Herz gehen und berühren.

Für Mitglieder:
die CD € 14,- statt € 19,-
Bestellungen direkt unter
www.grenzlandchor.at/cms/shop/bestellung_gpa.html
oder www.gpa-djp.at/card



© jollydays

Jollydays – Österreichs Nr. 1 für Erlebnisgeschenke

Der Countdown für Weihnachten läuft! Vermeiden Sie volle Einkaufsstrassen und lange Warteschlangen auf der Suche nach einem ausgefallenen Weihnachtsgeschenk, das sich von den üblichen Präsenten unterm Weihnachtsbaum abhebt.

Auch Last Minute, ob für Frauen, Männer, Pärchen, Freunde, Genießer oder Abenteuerer, zum Kurzausflug oder übers Wochenende – mit den Erlebnissen von Jollydays liegt immer das richtige Geschenk unterm Weihnachtsbaum. Entdecken Sie über 4.000 Möglichkeiten.

Für GPA-djp-Mitglieder:
10 % Rabatt auf alle Erlebnisse unter: www.gpa-djp.at/card



© Kulinaris

Kulinaris Card Österreich

Schlemmen & Sparen in 270 Restaurants in Österreich

Mit der Kulinaris Card gehen Sie und Ihre Begleitung zum Essen und erhalten das preisgünstigere oder ein preisgleiches Hauptgericht dabei gratis oder einen attraktiven Rabatt.

Die Kulinaris Card gilt bis 11/2014. Mitglieder können die Karte mit dem Aktionscode „GPA2014“ bis 24.12.2013 zum Vorteilspreis von € 12,- statt 20,- (inkl. MWSt) kaufen:

- ONLINE: www.kulinaris.at
- Tel.: 05578/774 77
- Fax: 05578/774 44

Die Lieferung erfolgt gegen Rechnung, zzgl. € 4,50 Versandkosten, bei Bestellung ab drei Karten versandkostenfrei.

© Mario Lang



Der musikalische Adventkalender

Ein musikalischer Adventkalender, der sich in allen 23 Wiener Bezirken eröffnet! Beginnend mit einem Konzert am 1. Dezember im 1. Bezirk spannt sich der breite Bogen bis zum 23. Dezember im 23. Bezirk.

Freuen Sie sich auf schwungvolle Adventabende mit: Wilfried Scheutz & Band, Birgit Denk, Ernst Molden & Walter Soyka, The Untouchables, Willi Resetarits & Karl Ritter, Die Strottern u. v. a.

Ermäßigte Tickets für GPA-djp-Mitglieder. Infos und Kartenreservierung: Tel. 0676/512 91 04

Das komplette Programm und alle Spielorte finden Sie unter: www.wienerlied-und.at

© Dietmar Fischer



Body&Soul – Christmas Gospels und Popsongs

Genießen Sie Christmas-Gospels und Weihnachts-Popsongs aus sechs Jahrzehnten.

Body&Soul ist ein Gesangsensemble mit vier atemberaubenden Stimmen. Nach erfolgreichen Konzerten in Wien/Umgebung veranstaltet Body&Soul mit GPA-djp-Sekretär Roman Krenn ein erstes Weihnachtskonzert in Oberösterreich:

20.12.2013: Veranstaltungszentrum Doppl Punkt, Haidfeldstraße 31a, 4060 Leonding

Ermäßigter Eintritt für Gewerkschaftsmitglieder von EUR 12,- statt EUR 15,-

Karten: Tel. 0664/522 79 27 oder irene.krammer@chello.at
www.bodyandsoul-music.at

© Patrick Waller/DG



Christmas in Vienna – Vorpremiere

Erleben Sie im Wiener Konzerthaus dieses wunderbare Weihnachtskonzert.

Vier internationale Stars: Anna Prohaska, Angelika Kirchschlager, Joel Prieto und Luca Pisaroni sowie das Radio Symphonie Orchester unter der Leitung von Erwin Ortner – die Wiener Sängerknaben und die Wiener Singakademie.

Für GPA-djp-Mitglieder: um 10 % ermäßigte Tickets für die Vorpremiere am Fr., 20. Dezember 2013

Buchbar mit dem Kennwort „Gewerkschaft“ und Angabe der Mitgliedsnummer unter Tel. 01/24 20 02, an den VVK-Kassen im Wiener Konzerthaus mit Ihrer Mitgliedskarte.

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-3101, E-Mail: service@gpa-djp.at

Dezember 2013



© photo 5000, Fotolia.com



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen! Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel, **Einsendeschluss: 6. Jänner 2014, für Schwanensee on Ice 19.12.2013.** Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© Veranstalter



14. Dezember 2013

40 Jahre Opus Jubiläumsgala

Wiener Konzerthaus

Rocksound und Orchesterklänge – mit Christian Kolonovits und Orchester. Special Guests: Boris Bukowski und Wolfgang Ambros.

Ermäßigte Tickets für GPA-djp-Mitglieder mit dem Codewort „Gewerkschaft“ unter Tel. 01/24 20 02 oder direkt an der Konzerthauskassa.

© AFRIKA! AFRIKA



Ab 22. Dezember 2013

AFRIKA! AFRIKA!

Wiener Stadthalle

André Heller hat die Erfolgsproduktion als Theaterereignis neu inszeniert. Zahlreiche Tänzer, Artisten, Musiker, Sänger, Akrobaten und Exzentriker werden das Publikum erneut begeistern.

20 % CARD-Ermäßigung
Buchung: tickets@comcat.cc
Infos: 01/361 98 88-10

© lsk



31. Dezember 2013

Schwanensee on Ice

MuseumsQuartier

Erleben Sie Tschaikowskis „Schwanensee“! Eiskunstlauf und russisches Ballett in faszinierender Kombination vom St. Petersburger Staatsballett On Ice.

15 % CARD-Ermäßigung
Buchung per Mail: tickets@comcat.cc
Info: 01/361 98 88-10

© Gary Milano



Ab 29. Jänner 2014

BITTE.DANKE.

Versch. Veranstaltungsorte

Gery Seidl begibt sich in seinem neuen Solo erneut auf die Suche nach dem ultimativ Menschlichen. Er erzählt Skurrilitäten aus dem Alltag, schlüpft in versch. Rollen, begleitet von schrägen Tönen.

10 % CARD-Ermäßigung an Wiener Veranstaltungsorten
Infos: www.geryseidl.at

© Michel Comte / I-Management



Bis 16. Februar 2014

Michel Comte

KUNST HAUS WIEN

Die Ausstellung schöpft aus mehr als drei Jahrzehnten des Schaffens dieses einflussreichen Fotografen und gibt Einblick in den Entstehungsprozess einer Bildwelt, die unseren visuellen Alltag prägt.

www.kunsthauwien.com
Karten: Mit dem Kennwort „GPA“
€ 7,- statt € 10,-

© Mayce Hamburg



7.–16. März 2014

Semino Rossi

Versch. Veranstaltungsorte

Südländische Romantik, Liebe, Partystimmung und immer auch ein bisschen Trost bietet das neue Erfolgsalbum des argentinischen Superstars „Symphonie des Lebens“. Im März tourt Semino Rossi durch Österreich.

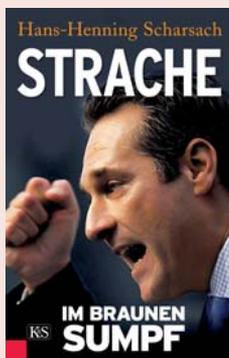
Alle Infos und Termine unter www.seminorossi.com

Strache: Im braunen Sumpf

Hans-Henning Scharsach,
Kremayr & Scheriau 2012,
€ 24,-

Wer nach den Entgleisungen Straches und seines Umfelds im vorigen Nationalratswahlkampf immer noch dran zweifelt, dass die Freiheitliche Partei bis zum Hals im rechtsextremen Sumpf steckt, dem kann dieses Buch auf die Sprünge helfen. Denn die freiheitliche Partei hat sich längst jeglicher liberaler Feigenblätter entledigt. Freiheitliche Politiker und Sympathisanten geben sich keine besondere Mühe, ihre Verbindungen zur Neonaziszene zu verschleiern.

Internet sei Dank ist dies auch für jeden und jede sichtbar – sofern man es eben sehen will. Hans-Henning Scharsach hat die braunen Machenschaften der blauen „Burschenpartie“ akribisch zusammengetragen. Die Ergebnisse dieser Arbeit füllen die mehr



Aussagen und Auftritte freiheitlicher MandatarInnen bei Neonazitreffen auf. Vieles davon ist zwar auch in anderen Quellen zu finden. In dieser Dichte erinnert es jedoch eindringlich daran, dass die Freiheitlichen mehr als eine „normale“ rechtspopulistische Partei sind. Die Verwendung des Hitlergrußes, die Verleugnung des Holocausts oder die Teilnahme an Neonazitreffen sind eben keine Lausbubenstreiche.

Das erschütterndste Resümee des Buches ist jedoch, dass die FPÖ seit Haider's Abgang einen weiteren

als 300 Seiten dieses Buches. Scharsach nimmt Straches Netzwerke in der Neonaziszene genau unter die Lupe und listet Namen,

Rechtsruck durchgemacht hat. Sämtliche Ebenen und Vorfeldorganisationen sind stärker als je von deutschnationalen, schlagenden Burschenschaften dominiert und mit der Neonaziszene verwoben. Das macht sich nicht nur in den häufigen rechten und rassistischen Entgleisungen, sondern auch in der politischen Ideologie bemerkbar – etwa am blauen Frauenbild.

Strache selbst sagte im Kurierinterview offen, dass für ihn Partnerschaft aus einem dienenden und einem führenden Teil bestehe. Kein Wunder also, dass Frauen aus dem Zentrum der freiheitlichen Partei verdrängt wurden.

Um sich bis zum Ende durch Scharsachs Buch zu kämpfen, braucht man einen guten Magen. Als Einschlaflektüre ist das Buch nicht geeignet, trotzdem ist es unbedingt lesenswert.

Lucia Bauer

Die Tyrannei der Arbeit

Ulrich Renz, Ludwig Verlag,
München 2013, 18,50 €

Der Untertitel des Buches ist bezeichnend für unsere Zeit: „Wie wir die Herrschaft über unser Leben zurückgewinnen“. Denn viele Menschen leben erfolgreich am eigentlichen Leben vorbei. Was wir einen Lebenslauf nennen, ist in Wirklichkeit ein Berufslauf: Arbeit bestimmt unser ganzes Dasein. Aber warum hat es die Arbeit so leicht, sich in unserem Leben so unverschämt breitzumachen? Warum lassen wir zu, dass unser eigener Plan vom Glück an die Wand gedrückt wird? Warum sitzen wir der Wahnvorstellung auf, dass es Glück, Erfüllung und Anerkennung nur über Arbeit gibt?

Auf kluge und unterhaltsame Art hinterfragt Ulrich Renz die Verführungsstrategien der Arbeit. Dieses Buch ist keine Kritik an der Arbeit. Es ist eine Kritik an der



meisten Menschen sich ein Leben jenseits der Arbeit gar nicht mehr ausmalen können.

Ulrich Renz weiß, wovon er spricht: Mit leidenschaftlichem Tatendrang stürzt er sich zunächst in seine beruflichen Aufgaben, arbeitet hart und macht dann auch Karriere. Irgendwann aber werden Leistungs- und Termindruck immer übermächtiger und beginnen allmählich, die ursprüngliche Freude an der Arbeit zu verdrängen. Die Erkenntnis trifft Renz schließlich wie ein Schlag:

Tyrannei, zu der sie sich über unser Leben aufgeschwungen hat. Es ist eine Kritik an der Fantasielosigkeit, die unsere Gesellschaft infiziert hat, sodass die

Er hat immer einwandfrei funktioniert, aber darüber den Kontakt zu seinen Liebsten und zu sich selbst verloren. Ist das eigentlich das Leben, das er sich vorgestellt hat?

Der Ausstieg soll den Befreiungsschlag bringen, aber statt Glücks- und Freiheitstaumel lernt Renz zunächst die Angst vor der Leere kennen. Auf der Suche nach seinem neuen Lebensweg beginnt er, intensiv über Werden und Wirken eines Tyrannen namens Arbeit nachzudenken.

Das Buch ist ein genussvoller Erkenntnisgewinn und eine leidenschaftliche Gesellschaftskritik. Es ist aber auch ein kräftiger Anstoß dazu, das eigene Leben zu überdenken. Renz macht Mut und Lust zu einem Rendezvous mit den eigenen Träumen.

Andrea Rogy

Ihr Weihnachtsgeld

**bringt weder der Osterhase
noch das Christkind.**

**Das 13. und 14. Gehalt ist ein Verhandlungserfolg
der Gewerkschaften.**



© Fotolia.de, N. Chircova

*Wir wünschen Ihnen erholsame Weihnachtsfeiertage
und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2014!*